

Endkunden-News im Juli 2024

Versicherer rechnen mit Hochwasserschäden von 2 Milliarden Euro

Bei den Jahrhunderthochwassern, die im Mai und Juni unter anderem Bayern und Baden-Württemberg heimsuchten, dürften versicherte Schäden in Höhe von rund 2 Milliarden Euro entstanden sein. Schon in den Monaten zuvor leisteten die Versicherer etwa 400 Millionen Euro für Überschwemmungsschäden, nachdem die Flüsse zum Jahresende in Nord- und Mitteldeutschland sowie über Pfingsten in Rheinland-Pfalz und im Saarland über die Ufer getreten waren.

Einmal mehr zeigt dieses Frühjahr, wie wichtig eine Elementarschadenversicherung für Hausbesitzer ist. Bisher verfügt nur rund die Hälfte von ihnen über diesen Schutz. Die Diskussion um eine gesetzliche Versicherungspflicht ist erneut aufgebrandet, nachdem der Bundesrat sich in einem Entschließungsantrag Mitte Juni dafür ausgesprochen hat. In der Bundesregierung herrscht in dieser Frage Uneinigkeit; während SPD und Grüne einer Versicherungspflicht prinzipiell offen gegenüberstehen, lehnt Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) diese ab und schlägt stattdessen eine Angebotspflicht vor.

Zinsgipfel überschritten – wie geht es weiter?

Nachdem die Europäische Zentralbank (EZB) die lang ersehnte Wende vollzogen und den Leitzins erstmals seit 2019 wieder gesenkt hat, geben sich Marktbeobachter verhalten hinsichtlich der makroökonomischen Bedeutung. Große Euphorie an den Märkten trat nicht ein, da diese die Zinssenkung „bereits eingepreist“ hatten, wie etwa ifo-Präsident Clemens Fuest erklärte. Seine Erwartung: „Dass weitere Zinssenkungen bald folgen können, ist angesichts deutlich steigender Löhne und verschobener Zinssenkungen in den USA eher fraglich.“

Auch der Versicherer-Gesamtverband GDV geht von einem zähen Abstieg vom Zinsgipfel aus: „Er muss und wird länger dauern als der Weg bergauf, denn die Inflation geht nur langsam zurück. Preise für Dienstleistungen und vor allem die jüngsten Lohnentwicklungen bremsen den Inflationsrückgang spürbar aus. Vor weiteren Zinsschritten sind daher klare Daten nötig, die zeigen, dass der Preisdruck sich verlässlich und dauerhaft abschwächt.“

Kurzfristig sollten Anleger daher nicht auf merkbare konjunkturelle Impulse durch die Zinspolitik setzen. Die sicherheitsorientierten unter ihnen können sich immerhin noch längere Zeit über ein Zinsniveau freuen, das festverzinsliche Assets vergleichsweise attraktiv macht.

Pflegekosten auf Höhenflug

Die Pflegeversicherung hat im ersten Quartal 2024 ein Defizit von 650 Millionen Euro verzeichnet, das bis zum Jahresende voraussichtlich auf 1,5 Milliarden Euro anschwellen wird. Im nächsten Jahr droht gar ein Minus von 3,4 Milliarden Euro – obwohl durch die Beitragsanhebung zum Juli 2023 und weitere Maßnahmen deutlich mehr Geld in der Kasse ist als in früheren Jahren. Als Hauptgrund nennt der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen einen

ungewöhnlich starken Anstieg der Pflegefallzahlen. Gesetzlich Krankenversicherte müssen sich mithin auf eine weitere Pflegeversicherungs-Beitragsanhebung einstellen.

Die jüngste Reform hat mit ihren Pflegekostenzuschüssen derweil nicht zu einer echten Entlastung der Pflegebedürftigen geführt, da die Heimbetreiber unter Kostensteigerungen ächzen. Im Januar kletterte der bundesweite durchschnittliche Eigenanteil bei stationärer Pflege im ersten Jahr auf 2.576 Euro monatlich, so viel wie nie zuvor. Wer sein Vermögen nicht diesem Kostenrisiko aussetzen will, sollte frühzeitig mit einer privaten Pflegeversicherung vorsorgen. Je nach Typ und Konditionen zahlt sie im Pflegefall entweder ein Tagegeld oder eine Rente aus oder erstattet die nachgewiesenen Kosten.

Mittelabflüsse und Preisflaute: offene Immobilienfonds vor Herausforderungen

Laut einer aktuellen Marktstudie der Ratingagentur Scope sieht die Perspektive für offene Immobilienfonds (OIF) in diesem Jahr alles andere als rosig aus. Zum einen entnehmen die Anleger erstmals seit 17 Jahren mehr Geld aus den Fonds, als sie einzahlen – allein im ersten Quartal betrug dieser Nettomittelabfluss 900 Millionen Euro. Auf der anderen Seite drücken gesunkene Immobilienpreise auf die Renditen. Auf Jahressicht erwirtschafteten die 27 begutachteten OIF zuletzt zwischen –11,6 und 3,1 Prozent für ihre Anleger, was auf eine Durchschnittsrendite von kargen 0,5 Prozent hinausläuft.

Als Konsequenz daraus und aus „gestiegenen Risikoparametern“ stuft Scope das Rating für 11 der 27 Fonds herab, während nur einer ein Upgrade erfuhr. Liquiditätsprobleme drohen gemäß den Analysten zwar nicht, da die OIF im Schnitt 14,5 Prozent ihres Vermögens liquide halten. Hier und da könne es jedoch zu Rücknahmeaussetzungen kommen. Kleiner Trost für Anleger und OIF-Manager: Für 2025 erwartet Scope wieder attraktivere Renditen, die dann für höhere Mittelzuflüsse sorgen könnten.

Versicherungen in Leichter Sprache erklärt

Versicherungsbedingungen müssen juristisch möglichst präzise gefasst sein, was ihrer Verständlichkeit für Laien ebenso wenig zuträglich ist wie dem Lesegenuss. Für Menschen mit geringen Deutschkenntnissen oder mit Lern- oder Leseschwierigkeiten bilden oftmals schon Versicherungsproduktbroschüren eine unüberwindbare Hürde.

Da Versicherungen jedoch prinzipiell für alle Menschen relevant und wichtig sind, hat der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) in seinem Verbraucherportal „Die Versicherer“ eine neue Sektion ausschließlich in der sogenannten Leichten Sprache gestaltet. Sowohl in Textform als auch in Audiostreams werden dort gängige Versicherungsarten mit einfachen Worten in kurzen Sätzen erklärt.

„Mit den neuen Texten in Leichter Sprache möchten wir Barrieren abbauen und möglichst allen Menschen den Zugang zur häufig komplexen Versicherungswelt erleichtern“, beschreibt GDV-Hauptgeschäftsführer Jörg Asmussen die Intention hinter dem neuen Angebot, das unter www.dieversicherer.de/leichte-sprache zu finden ist.

Niedriger Tilgungssatz verlängert und verteuert Immo-Kredite

Auf 1,72 Prozent verringerte sich der durchschnittliche anfängliche Tilgungssatz von Baufinanzierungen im Mai 2024, der niedrigste Wert seit Juli 2011 (1,64 Prozent). Im April waren es noch 1,87 Prozent gewesen. Diese Entwicklung läuft darauf hinaus, dass die Laufzeit der Kredite steigt und insgesamt mehr an Zinsen gezahlt werden muss.

Gleichwohl sehen sich die Kreditnehmer offenbar immer öfter dazu gezwungen, schlechtere Konditionen zu akzeptieren. Der Hauptgrund liegt in der vergleichsweise hohen durchschnittlichen Standardmonatsrate, die sich beispielhaft aus einem Darlehen von 300.000 Euro bei 2 Prozent Tilgung, 80 Prozent Beleihungsauslauf und zehnjähriger Zinsbindung errechnet: Vor zwei Jahren betrug sie noch 1.190 Euro, derzeit liegt sie infolge des gestiegenen Zinsniveaus bei rund 1.460 Euro. Hinzu kommt der Trend, dass Immobilienkäufer immer weniger Eigenkapital einbringen, was zu Risikozuschlägen führt. Im Durchschnitt nehmen sie aktuell 299.000 Euro auf und binden sich gut elf Jahre an die Konditionen.

Assistenzsysteme könnten jeden zehnten Autounfall verhindern

Seit dem 7. Juli müssen Neuwagen für eine Zulassung in der EU eine Reihe von Assistenzsystemen vorweisen. Laut Untersuchungen der deutschen Kfz-Versicherer könnten diese bei flächendeckender Verbreitung zukünftig etwa jeden zehnten Unfall, bei dem Dritte geschädigt werden, abwenden. Allerdings dürfte noch mehr als ein Jahrzehnt vergehen, bis der Kfz-Bestand in der Breite den neuen Standard erreicht.

Insbesondere den Notbremsassistenten halten die Versicherer für sehr wirkungsvoll, er könne 8 bis 9 Prozent der Unfälle mit Drittschäden vermeiden, was in absoluter Zahl deutschlandweit mehr als 200.000 Unfällen entspricht. Dafür müsste er allerdings in allen Fahrzeugen verbaut sein. Auf lediglich unter 1 Prozent wird das Unfallreduktionspotenzial einer Spurhalteassistenten dagegen geschätzt. Die EU-Kommission erwartet durch die neue Assistenzsystempflicht europaweit bis 2038 über 25.000 Unfalltote und 140.000 Schwerverletzte weniger.

Kehrseite der Medaille: Die Reparaturkosten werden durch die fortgesetzte technische Aufrüstung wahrscheinlich weiter steigen, da bei Schäden mehr Hightech-Komponenten ersetzt und kalibriert werden müssen. Der Austausch einer assistenzsystemfähigen Windschutzscheibe beispielsweise kostet etwa ein Viertel mehr als der einer herkömmlichen.

Boom bei Laufzeitfonds

Anleihen erleben infolge der hohen Leitzinsen ein Revival, setzen jedoch häufig hohe Mindestzeichnungssummen voraus. Für Privatanleger bieten daher insbesondere Rentenfonds einen Zugang zu einem diversifizierten Anleihekorb. Immer häufiger werden dabei Fonds mit fester Laufzeit gewählt, die nur Anleihen mit einem ähnlichen Fälligkeitsdatum versammeln, beispielsweise in einem, drei oder fünf Jahren. Als Zinsen werden den Investoren während der Laufzeit die Kupons ausgezahlt, bevor jene am Ende ihr Kapital zurückerhalten. Nachdem 2023 laut Morningstar unterm Strich bereits rund 60 Milliarden Euro in solche Laufzeitfonds gesteckt wurden, investierten die Anleger im ersten Quartal 2024 weitere 13 Milliarden Euro.

So risikolos, wie sie hin und wieder in der Vermarktung vor allem durch Banken dargestellt werden, sind Laufzeitfonds indes nicht. Zwar korrelieren sie kaum mit dem Auf und Ab an den Börsen und stellen eine konkrete Rendite in Aussicht. Doch in der Regel bündeln sie Unternehmensanleihen und bergen deshalb ein entsprechendes Kreditrisiko.